

2. Rechtspopulistische Wahlmotive in der Diskussion

Herrschte lange Zeit Unklarheit über das Elektorat der AfD, lässt sich mittlerweile anhand vergangener Urnengänge sowie empirischer Untersuchungen zumindest eine klare Tendenz erkennen: Die Wählerschaft der AfD stammt überdurchschnittlich aus den arbeitenden Klassen (vgl. Lux 2018; Tutić und von Hermanni 2018; Hambauer und Mays 2018). Dazu werden in der Regel Personen aus den unteren Einkommens- und Bildungsschichten, insbesondere An- und Ungelernte, aber auch Fach-Arbeiter und (einfache) Angestellte gerechnet.⁵ Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass auch bei Angehörigen höherer Einkommensschichten das subjektive Gefühl eines drohenden sozio-ökonomischen Abstiegs entscheidend für eine mögliche Stimmabgabe für die AfD ist (vgl. Lux 2018, 263; Kohlrausch 2018).

Damit lässt sich in Deutschland eine Tendenz erkennen, die sich bereits in anderen europäischen Ländern abzeichnete: Rechtspopulistische Parteien sind auf dem Weg, die „neuen Arbeiterparteien“ zu werden (vgl. Jörke und Nachtwey 2017). Dies gilt nicht nur für die Beobachtung, dass ein Teil der ehemaligen Wähler sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Parteien zu rechtspopulistischen Parteien gewechselt ist, sondern in einigen Ländern auch immer mehr für die wirtschaftspolitische Ausrichtung dieser Parteien (vgl. Hartevelde 2016, Manow 2018, Biskamp 2022).⁶

5 Anders als in Frankreich („classes populaires“), Großbritannien oder den USA („working class“) lässt sich in Deutschland eine spürbare Scheu in der Wissenschaft wie auch der Öffentlichkeit erkennen, von der Arbeiterklasse oder den arbeitenden Klassen zu sprechen. Die Frage, wer zu den arbeitenden Klassen gezählt wird, unterscheidet sich je nach politischem Weltblick oder soziologischer Strömung (vgl. dazu Kapitel 4). Für eine zeitgenössische Verwendung des Begriffs vgl. auch Friedrichs 2021.

6 Wie Floris Biskamp argumentiert, lässt sich zwar eine Verschiebung ökonomischer Positionen nach links bei vielen rechtspopulistischen Parteien beobachten, es gibt allerdings erhebliche Unterschiede (vgl. Biskamp 2022). Auch für die AfD gilt das nur begrenzt. Doch während in der Partei bis zuletzt neoliberale Positionen dominierten und parteiübergreifende Positionen zur Rentenstrategie oder Mindestlohn vermieden wurden, konnte das sozialpolitische Lager der Partei sich in einigen Positionen durchsetzen. Im Bundesprogramm der Partei zur Bundestagswahl 2021 gibt es zum Beispiel ein Bekenntnis zum Mindestlohn, zur Tarifautonomie sowie der betrieblichen Mitbestimmung (vgl. Wahlprogramm der AfD 2021, 54, 119)

Die Nachwahluntersuchungen vergangener Bundes- und Landtagswahlen bestätigen diese Entwicklung. In nahezu allen Wahlgängen der letzten zwei Jahre hat sich mit Blick auf die Analyse der Wahlergebnisse nach Berufsgruppen gezeigt, dass die AfD unter Arbeitern besonders stark abschnitt. So erhielt die Partei bei der Bundestagswahl 2021 unter Arbeitern 21% der Stimmen und wurde damit in dieser Gruppe hinter dem Wahlsieger SPD zweitstärkste Partei (vgl. Bundestagswahl 2021). Auch bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg 2019 konnte die AfD besonders auf die Unterstützung der Arbeiter zählen (vgl. Landtagswahl Brandenburg 2019; Landtagswahl Sachsen 2019). Doch auch dort, wo die Partei insgesamt deutlich schwächer abschnitt, etwa bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen, ist unter einer Betrachtung der AfD-Wählerschaft nach Tätigkeiten der Anteil an Arbeitern am höchsten (vgl. Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2021). Das ist im Vergleich zu den anderen Parteien ein Alleinstellungsmerkmal der AfD.

Worauf diese Erfolge der AfD beruhen, wird seit längerer Zeit in sozialwissenschaftlichen Debatten kontrovers diskutiert. Während stärker politikwissenschaftlich geprägte Ansätze in der Entwicklung sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien in Europa und der damit entstandenen Repräsentationslücke des Parteiensystems (vgl. Nölke 2017; Amable und Palombarini 2018; Schäfer und Zürn 2021) den Grund für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien sehen, fokussieren sich stärker soziologisch geprägte Ansätze darauf, die Motive der Wählerinnen rechtspopulistischer Parteien näher zu erörtern (vgl. Lengfeld 2017/2018, Hambauer und Mays 2018, Heitmeyer 2018). Ziel dieses Kapitels ist es, diese beiden Perspektiven miteinander zu verbinden. Ausgehend von einer kritischen Diskussion aktueller dominanter Erklärungen des Rechtspopulismus wird nach einem Forschungsansatz gesucht, der sowohl die Frage erörtert, worauf der politische Bedarf der AfD-Wahl basiert, als auch eine Antwort auf die Frage gibt, weshalb andere Parteien diesen Bedarf nicht mehr abdecken.

2.1. Die Autoritarismusthese

Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien wird in Deutschland von einer Wiederentdeckung der Autoritarismusforschung begleitet. Die Frage nach dem Erfolg der AfD wird hier unter Verweis auf etwaige autoritäre Charakterdispositionen ihres Elektors beantwortet. Viele dieser Forschungen, die von einem „neuen Autoritarismus“ (vgl. Nachtwey und Heumann 2019),

der „Flucht ins Autoritäre“ (vgl. Decker und Brähler 2018) oder „Autoritären Versuchungen“ (vgl. Heitmeyer 2018) reden, haben in den unter der Leitung von Theodor W. Adorno in den USA entstandenen „Studien zum autoritären Charakter“ ihren gemeinsamen Ausgangspunkt. Im Zentrum dieser einflussreichen empirischen Studie steht die Grundüberlegung, dass

„die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine ‚Mentalität‘ oder einen ‚Geist‘ zusammengehaltenes Denkmuster bilden, und dass dieses Denkmuster Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur ist.“ (Adorno 2018, 1)

Ausgehend von dieser Prämisse war es das Ziel der Forschungsgruppe, mittels Fragebögen sowie klinischer Interviews die verborgenen Charakterzüge gerade der Individuen offenzulegen, die zu antidemokratischen Einstellungen tendieren. Auf diese Weise erhoffte man sich, Erkenntnisse über die Gefahr möglicher faschistischer Bewegungen in den USA zu bekommen. Die Forschung war zunächst auf US-amerikanische Collegestudenten beschränkt, wurde aber im Laufe der Zeit auf weitere Gesellschaftsgruppen ausgeweitet und diente bereits kurz nach ihrer Veröffentlichung als Vorlage für ähnliche Forschungsvorhaben in Deutschland.

Die Interviews wurden so konzipiert, dass den Befragten das eigentliche Thema der Forschung verborgen blieb. Es wurden also nicht offensichtliche antisemitische, rassistische oder autoritäre Denkweisen abgefragt. Vielmehr ging die Forschungsgruppe angelehnt an den Arbeiten der frühen Frankfurter Schule davon aus, dass das meist verborgene antidemokratische Denken seinen Ursprung in der Kindheitsphase des Individuums habe und auf eine misslungene Ausbildung der Ich-Autonomie zurückzuführen sei. Um diese fehlerhafte Ich-Entwicklung abzubilden, konzentrierten sich die Studien auf eine Reihe von Variablen, die die Forschungsgruppe als typisch für den autoritären Charakter ausmachten. Dazu zählten die Neigung zum Konventionalismus, zu einer autoritären Unterwürfigkeit und Aggression sowie ein Festhalten an Aberglaube und Stereotypen, oder auch die Überbetonung der eigenen Stärke. Eine weitere Gruppe von Variablen sollte vor allem den Hang zu aggressiven Impulsen des autoritären Charakters abbilden, worunter die Forschungsgruppe vor allem Destruktivität, Zynismus und eine gestörte Sexualität zählten. Die Zustimmungswerte zu diesen einzelnen Variablen wurden miteinander korreliert und mit der sogenannten F-Skala (Faschismus-Skala) quantifiziert:

„Starke Zustimmung zur Skala, das heißt, ein hoher, durch Addition der Reaktionen auf die einzelnen Skalensätze errechneter Gesamtpunktwert, galt als Indiz für das Vorhandensein aller Charakterzüge des Autoritären, insgesamt geringe Zustimmung als Absenz autoritärer Züge und als Zeichen einer folglich nicht-autoritären Persönlichkeitsstruktur.“ (Jaerisch 1975, 147)

Ausgehend von diesen empirischen Untersuchungen leitete die Gruppe Typisierungen ab, die auf der einen Seite den autoritären, vorurteilvollen antidemokratischen und auf der anderen Seite den demokratischen, vorurteilsfreien Charakter repräsentieren sollen. Auch wenn Adorno selbst Kritik an dieser Methode der Typisierung formulierte (vgl. Adorno 1950, 305), da sie doch der hierarchischen Einordnung von Menschen während der Zeit des Faschismus nicht unähnlich war, betonte er die Notwendigkeit einer solchen Konzeption:

„Es existiert so etwas wie ‚der‘ potentiell faschistische Charakter, der in sich selbst eine ‚strukturelle Einheit‘ bildet. In anderen Worten, Züge wie Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit und Aggressivität, Neigung zu Projektion, zu Manipulation und dergleichen, finden sich in der Regel beisammen.“ (ebd., 312)

Natürlich resultiert das Forschungsinteresse der Gruppe um Adorno aus der Barbarei des Nationalsozialismus und auch den persönlichen Repressionen, denen die Mitglieder der Frankfurter Schule während der Nazi-Diktatur in Deutschland ausgesetzt waren. Die Bestrebung, durch wissenschaftliche Analysen frühzeitig auf rechts-autoritäre, antidemokratische Einstellungen in der Gesellschaft hinzuweisen, steht daher durchaus in Einklang mit dem von Adorno an anderer Stelle formulierten Imperativ, dass „Auschwitz nicht noch einmal sei“ (Adorno 1970, 92). In der langen Tradition der Autoritarismusforschung wurden in diesem Sinne immer wieder wichtige Erkenntnisse über gesellschaftliche Auflösungserscheinungen und Gefahren rechtsextremer Gewalt vorgelegt. Gleichzeitig lassen sich jedoch auch Einwände gegen die angewendeten Forschungsmethoden sowie ihrer theoretischen Grundlagen erheben.

Drei Kritikpunkte sollen an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden, da sie, wie später gezeigt wird, auch auf aktuelle Forschungsansätze über die Motive rechtspopulistischer Wählergruppen zutreffen: Erstens muss festgestellt werden, dass der soziale Kontext der Befragten in der Ursprungstudie des autoritären Charakters nahezu unbeachtet bleibt und

das, obwohl Adorno im Einleitungstext der Studie ausdrücklich hervorhebt, dass „das Studium antidemokratischer Trends [...] das Verständnis des gesellschaftlichen Ganzen“ (ebd., 9) erfordere. Doch wie Ursula Jaerisch in einer kritischen Auseinandersetzung mit der Autoritarismusforschung schreibt, ließ

„die F-Skala zumindest teilweise auch solche Normen und Verhaltensmuster bei Arbeitern als autoritär erscheinen [...], die weniger trieb-dynamischen Ursprungs sind als zwangsläufig durch ökonomische Lage, Berufs- und Geschlechterrollen, vorgegebene Umwelt- und Zukunftsperspektiven bedingt werden.“ (Jaerisch 1975, 154)

Was in der F-Skala als autoritäre Charakterdisposition erscheint, bildet also laut Jaerisch nicht selten die Lebenserfahrungen bzw. -praktiken der Arbeiterklasse ab. Eine Orientierung an konventionellen Werten, eine Unterordnung unter externe moralische Instanzen, die Bereitschaft im Zweifel auch Gewalt anzuwenden oder bestimmte gruppenbezogene Vorurteile seien demnach nicht auf eine pathologische Ich-Schwäche zurückzuführen, sondern können durch einen disziplinierenden Arbeitsalltag, ein von ökonomischen Entbehrungen gekennzeichnetes Leben oder durch eine ‚harte Kindheit‘ erlernte soziale Verhaltensnormen darstellen.

Die Tatsache, dass als Repräsentanten des autoritären Charakters ein Schweißer, ein Schichtvorarbeiter und eine Frau, „die jahrelang im Haushalt ‚besserer Familien‘ gearbeitet hat“ (ebd., 152), herangezogen werden – obwohl in der Studie immer wieder hervorgehoben wird, dass sich hohe Zustimmungswerte zur F-Skala in allen Gesellschaftsschichten wiederfinden – zeugt nach Jaerisch in diesem Sinne von einer sozialen Schiefelage der Autoritarismusstudien. Gleiches gilt auch für die Darstellung des anderen Extrems der Skala: der vorurteilsfreie, demokratische Typus wird ausschließlich von Studentinnen oder Akademikerinnen repräsentiert.

Zweitens ist die politische Schlussfolgerung dieser Studienergebnisse zu hinterfragen. Denn die „kognitiven Muster [...], die besonders häufig in der Arbeiterklasse konstatiert wurden“ (ebd., 157), wurden in der Forschung nicht nur als triebdynamische autoritäre Charakterdisposition definiert, sondern explizit mit dem Hang zu faschistischen Überzeugungen verknüpft. Diese These wurde jedoch bereits wenige Jahre später von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset in Frage gestellt. Dieser unterstellt in seiner empirischen Studie über „Democracy and Working-Class Authoritarianism“ zwar der unteren Mittelschicht eine Neigung zum Faschismus, der Arbeiterklasse sagte er hingegen eine Orien-

tierung am Kommunismus nach (vgl. Lipset 1959, 483). Liberaldemokratische Einstellungen sind hingegen auch für Lipset ebenfalls nur in der meist akademisch gebildeten Oberschicht zu finden (vgl. ebd., 489).

Diese politische Schlagseite der Autoritarismusstudien führt schließlich zu einem dritten Kritikpunkt. Wie der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Christopher Lasch herausstellt, sind die Studien zum autoritären Charakter, aber auch die Arbeiten von Lipset und vielen anderen zum „working-class authoritarianism“, von vornherein von einem liberalen Bias geprägt. Denn dem autoritären, potentiell faschistischen Typ steht in diesen Studien ein liberales Ideal der ‚gesunden‘, rationalen Ich-Autonomie gegenüber, das politisch mit Demokratie gleichgesetzt wird. Andere Werte und Einstellungen, die sich womöglich eher in den arbeitenden Klassen finden lassen, werden hingegen von vornherein disqualifiziert und kommen für eine Beschreibung des demokratischen Typus nicht mehr in Frage. Für Christopher Lasch sagen die Studien zum autoritären Charakter damit mehr über die Vorurteile der oberen Klassen als über vermeintlichen autoritären Charakterzüge der ‚einfachen Leute‘ aus:

„The *Authoritarian Personality* revealed more about the enlightened prejudices of the professional classes than about the authoritarian prejudices among the common people. [...] They defended liberalism not on the grounds that liberal policies served the ends of justice and freedom but on the grounds that other positions had their grounds in personal pathology. [...] This expansive, largely cultural definition of liberalism made it easy to interpret adherence to liberalism as a psychological matter.” (Lasch 1991, 453, Herv. I. O.)

Diese fast schon ideologisch anmutende Verteidigung eines liberalen Ideals, welches Lasch den Autoritarismusstudien unterstellt, bringt auch Ursula Jaerisch in ihrer Kritik der Studien zum autoritären Charakter zum Ausdruck. Auch sie ist der Meinung, dass

„die einfache Negation jener Kriterien des psychologischen ‚Autoritarismus‘ [...] am Ideal individueller Ich-Identität und Autonomie orientiert sei. Dies setze voraus, es könne eine Gesellschaft geben, die einzig aus Bürgern bestünde und zu ihrer Konstitution keiner Proletarier bedürfte.“ (Jaerisch 1975, 161)

Beim Blick auf aktuelle sozialpsychologische Studien zum Rechtspopulismus tauchen einige der hier dargestellten Kritikpunkte wieder auf.

Obwohl Heitmeyer in seinem Buch über „Autoritäre Versuchungen“ (2018) zwar eingesteht, dass die „Autoritarismus-Konzeption [...] ‚des autoritären Charakters‘ an Relevanz eingebüßt“ habe, ist er der Ansicht, dass „das Konzept des Autoritarismus insgesamt höchst relevant bleibe und unter sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu bestimmt werden“ müsse (ebd., 83). Wie viele andere gegenwärtige Sozialwissenschaftler (vgl. Decker und Brähler 2018) sieht Heitmeyer den Grund für die Entstehung autoritärer Versuchungen nicht mehr in einer patriarchalen Familienstruktur, sondern im autoritären Kapitalismus:

„Autoritäre Versuchungen sind vor diesem Hintergrund vor allem als Reaktionen auf individuellen oder gesellschaftlichen Kontrollverlust zu interpretieren. Sie erzeugen eine Nachfrage nach politischen Angeboten, die darauf abzielen, die Kontrolle wiederherzustellen, und zwar durch die Ausübung von Macht und Herrschaft sowie über Ausgrenzung und Diskriminierung bzw. gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“ (Heitmeyer 2018, 84)

Entscheidend ist nun, dass nach Heitmeyer dieses autoritäre Angebot zwar von ‚oben‘, d.h. von „Eliten und Mobilisierungsexperten“ (ebd.) artikuliert werde, es zugleich aber „Bedürfnisse und Neigungen“ (ebd.) der Menschen von ‚unten‘ gebe, die dieses Angebot nachfragen. Der Versuch, die Autoritarismus-Konzeption von einer makrostrukturellen Ebene aus neu zu bestimmen, scheint demnach weiterhin auf eine sozialpsychologische Innenperspektive angewiesen zu sein.

Zwar betont Heitmeyer ähnlich wie bereits in den Studien zum autoritären Charakter, dass „autoritäre Versuchungen“ in allen Gesellschaftsschichten vorzufinden sind, jedoch sind es dann vor allem „Personen in niedrigen Lagen“, die „besonders zu ökonomistischen Einstellungen neigten“ (ebd., 131) oder „Personen mit niedrigem Bildungsniveau“, die „besonders häufig Gefühle der Orientierungslosigkeit aufweisen“ oder Personengruppen „der mittleren bis unteren sozialen Lage“, bei „denen eine Mischung von apathischen Autoritarismus samt Folgebereitschaft und anomischem Autoritarismus mit Suchbereitschaft“ (ebd., 192f) vorliege.

Indem Heitmeyer diese „autoritären Versuchungen“ vor allem mit den Ohnmachtsgefühlen der unteren Klassen verortet und diese als wesentlichen Grund für das Aufkommen des Rechtspopulismus, Heitmeyer nennt es einen „autoritären Nationalradikalismus“ (ebd., 231), analysiert, läuft diese sozialpsychologische Diagnose Gefahr, die Motive rechtspopulistischer Wählergruppen zu einseitig zu betrachten. Dies hat vor allem theoretische

tische Gründe. Denn Heitmeyer analysiert das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien im Zusammenhang gesellschaftlicher Auflösungsprozesse, wofür er nicht zuletzt einen deregulierten Kapitalismus verantwortlich macht. Doch den konflikthaften Charakter kapitalistischer Gesellschaften, das mitunter unversöhnliche Gegenüberstehen von (Klassen-)Interessen, kann dieser Fokus auf gesellschaftliche Anomie, Kontrollverlust und Ohnmachtsgefühle nicht ausreichend einfangen. Auf diese Weise werden aber mögliche andere Gründe für die Wahl einer rechtspopulistischen Partei, wie zum Beispiel der Protest gegen eben jene Deregulierungen und gesellschaftliche Auflösungserscheinungen, nicht ausreichend in den Blick genommen. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, ähnlich wie bereits in der Kritik der Studien zum autoritären Charakter beschrieben, dass individuelle autoritäre Bedürfnisse und Neigungen des rechtspopulistischen Klientel, welches als irrational oder schlichtweg böse und antidemokratisch erscheint, der ausschlaggebende Faktor seien.

Natürlich skizzieren diese stärker sozialpsychologisch geprägten Studien einen ernstzunehmenden Aspekt gegenwärtiger rechtspopulistischer Parteien und Teile ihrer Wählerschaften. Das trifft vor allem auf diskriminierende Politikinhalt rechtspopulistischer Parteien gegen Minderheiten oder ihre teilweise offene Verachtung gegenüber demokratischen Institutionen zu. In der Berücksichtigung des Entstehungskontexts rechtspopulistischer Parteien ist diese Betrachtung jedoch an einigen Stellen zu kurzschichtig. Denn in diesen Deutungen wird der gesellschaftspolitische Kontext, in dem populistische Parteien entstanden sind und auf den sie reagieren, zu sehr ausgeklammert. Damit drohen die Motive rechtspopulistischer Wählerinnen ebenfalls depolitisiert zu werden. Der Moralphilosoph Michael Sandel bringt diese Leerstelle der gegenwärtigen Rechtspopulismusforschung treffend auf den Punkt:

„Interpretiert man den populistischen Protest als entweder böswillig oder fehlgeleitet, entlässt man die herrschenden Eliten aus der Verantwortung dafür, dass sie Bedingungen geschaffen haben, welche die Würde der Arbeit zersetzt und viele mit dem Gefühl zurückgelassen haben, nicht geachtet und machtlos zu sein. Der verringerte wirtschaftliche und kulturelle Status der arbeitenden Menschen in den letzten Jahrzehnten ist nicht das Ergebnis unaufhaltsamer Kräfte – er ist auf die Art und Weise zurückzuführen, in der die etablierten politischen Parteien und Eliten regiert haben.“ (Sandel 2020, 32)

Anders als die bisher diskutierten Erklärungsansätze für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien lenkt Sandel in diesem Zitat die Aufmerksamkeit weg von einer bisweilen stark moralistisch gefärbten Analyse, in der vor allem die bösen und fehlgeleiteten Motive rechtspopulistischer Wählergruppen skandalisiert werden. Stattdessen schlägt er eine deutlich besonnere Betrachtungsweise vor. Aus Sandels Perspektive ist das Erstarken des Rechtspopulismus in erster Linie auf vergangene politische Entscheidungen etablierter Parteien und Eliten zurückzuführen. Von besonderem Interesse sind dabei für ihn die politischen Weichenstellungen, die seiner Meinung nach zu einer Entwürdigung der Arbeit und damit einhergehend dem wirtschaftlichen und kulturellen Statusverlust der Arbeiterklasse geführt haben.

Dieser hier von Sandel ausgemachte Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und Arbeitswelt ist für die Rechtspopulismusforschung keineswegs neu und gewinnt in jüngster Zeit an Bedeutung.⁷ Allerdings fällt auf, dass in vielen wissenschaftlichen Analysen, die diesem Zusammenhang explizit nachspüren, weiterhin eine an die Autoritarismusforschung angelegte Deutung des Rechtspopulismus dominiert (vgl. Harder/Opratko 2022; Menz/Nies 2019). Das soll zum Abschluss dieser kritischen Diskussion der Autoritarismusthese beispielhaft an einer „arbeitssoziologischen Spurensuche“ des Erfolges der AfD von Wolfgang Menz und Sarah Nies dargelegt werden (vgl. Menz und Nies 2019).

Menz und Nies machen den konkreten Erfahrungsraum Arbeitswelt als einen Ursprungsort des rechtspopulistischen Erfolgs aus. Denn hier lassen sich der Kontrollverlust und die Ohnmachtsgefühle vieler Menschen konkret beobachten. Nach Ansicht des Autorenduos empfinden viele Lohnabhängige in Deutschland die Rahmenbedingungen ihrer Arbeitsstelle als nicht mehr politisch legitimiert, sondern als „Produkt eines ökonomischen Determinationsverhältnisses, das sich politischen Eingriffen weitestgehend entzieht (und erst recht einem Protest der Beschäftigten)“ (ebd., 179). Gleichzeitig sei festzustellen, dass viele „einfache Arbeiter:innen und Angestellte“ trotzdem immer noch selbstbewusst und stolz an ihre eigene Leistungsfähigkeit glauben und Leistung als normativen Maßstab für gesellschaftliche Ansprüche und Kritik heranziehen. Auf die Legitimations-

7 Neben den Studien, die primär nach den Zusammenhängen zwischen rechtspopulistischen Einstellungen und Umbrüchen in der Arbeitswelt forschen, widmet sich ein weiterer aktueller Forschungsstrang zusätzlich der Untersuchung rechter Aktivitäten in Betrieben sowie den gewerkschaftlichen Gegenreaktionen (vgl. Kim et. al. 2022). Da diese Analysen über den Rahmen der vorliegenden Untersuchung hinausgehen, können sie hier nicht weiter berücksichtigt werden.

probleme in der Arbeitswelt reagiere ein Großteil der Lohnabhängigen also nach Ansicht von Menz und Nies nicht mit politischem Protest, sondern paradoxerweise mit einer Unterwerfung unter die Autorität des Marktes (vgl. ebd., 180).

Die Wahl der AfD sollte daher nach Ansicht des Autorenduos auch nicht fälschlicherweise als ein verzweifelter politischer Protest gegen die Deregulierung der Arbeitswelt oder soziale Ungleichheit interpretiert werden. Der Rechtspopulismus, so die These von Menz und Nies, fungiere vielmehr als letzter Rückzugsort vieler einfacher Arbeiter und Angestellten, um die Identifikation mit der eigenen Arbeit und die Gültigkeit des Leistungsglaubens zu bewahren. Deswegen reagiere der Rechtspopulismus aggressiv auf Geflüchtete und sozial Schwache. Denn mit der zunehmenden Präsenz von Geflüchteten sei der Leistungsglaube in der Gesellschaft endgültig entzaubert worden. Nach Menz und Nies repräsentieren die Geflüchteten, die „(ganz offenkundig unverschuldet) vor Krieg und Armut zu fliehen gezwungen sind“, die nun für alle offensichtliche Tatsache, dass

„die meritokratische Annahme, man habe sich seine eigene Position primär durch eigene Anstrengungen verdient, unhaltbar wird (und vermutlich auch schon immer war).“ (ebd., 182)

Statt sich aber dieser meritokratischen Annahme ein für alle Mal zu entledigen und einzusehen, dass eigene Anstrengungen im Neoliberalismus vergeblich sind, werten rechtspopulistische Parteien und ihre Wählerschaft vor allem Geflüchtete ab. In dieser Abwertung sieht das Autorenduo letztendlich den Versuch, „die Gültigkeit des Leistungsprinzips verzweifelt wiederherzustellen“ (ebd.). „Wer sich die *doppelte Illusion des Leistungsprinzips* nicht einzugestehen vermag“, so das Fazit von Menz und Nies, „flüchtet in rechtspopulistische Orientierungen“ (ebd., Herv. i. O.).

Ohne Zweifel beleuchtet diese arbeitssoziologische Perspektive eine zentrale Charakteristik des Rechtspopulismus, die häufig als exkludierende Solidarität oder Sozialchauvinismus bezeichnet wird (vgl. Sorce et. al. 2022). Damit ist gemeint, dass im rechtspopulistischen Solidaritätsverständnis streng unterschieden wird zwischen Menschen, die diese Solidarität verdient hätten, etwa durch Leistung oder ‚ehrliche Arbeit‘ einer autochthon konstruierten Bevölkerung, und anderen Menschen, die als Geflüchtete, Ausländer oder auch sozial Schwache von dieser Solidarität bewusst ausgeklammert werden. In den wenigen sozialpolitischen Stellungnahmen von

Vertretern der AfD wird diese Solidarität vor allem durch ein völkisch-nationales Weltbild bestimmt.⁸

Obwohl Menz und Nies mit diesen Ausführungen auf einen wichtigen und mittlerweile stärker im sozialwissenschaftlichen Fokus stehenden Zusammenhang zwischen Arbeitswelt und Attraktivität rechtspopulistischer Parteien hinweisen, verwundert dennoch das Vokabular, mit dem sie ihre Überlegungen präsentieren. Dies betrifft vor allem die Interpretation des von den Autoren ausgemachten Festhaltens der „einfachen Arbeiter:innen und Angestellten“ an die eigene Leistungsfähigkeit und Betonung von (harter) Arbeit. In Anlehnung an das sozialpsychologische Vokabular der Autoritarismusstudien deuten sie diesen Leistungsglauben als eine „distanzlose Internalisierung systemischer Mechanismen und eine angstgetriebene Unterwerfung unter die Autorität des Marktes“ (ebd., 182).

Durch diese Interpretation des Leistungsglaubens entsteht jedoch der Eindruck, dass es zu einem Großteil der persönlichen Einstellung oder gar dem Unvermögen der „einfachen Arbeiter:innen und Angestellten“ geschuldet ist, „die doppelte Illusion des Leistungsprinzips“ nicht zu durchschauen. Dieses persönliche Verschulden treibe sie letztendlich in die Arme des Rechtspopulismus. Das würde jedoch bedeuten, dass Menschen, die dieser Illusion nicht anheimfallen, immuner gegenüber rechtspopulistischen Einstellungen sind. Dann müsste aber auch danach gefragt werden, wer überhaupt über die Fähigkeiten verfügt, diese „doppelte Illusion des Leistungsprinzips“ zu durchschauen, und wer den Luxus hat, sich im Zweifel den Zwängen des Marktes zu entziehen.

Da Menz und Nies diese Fähigkeit den Wählern der AfD absprechen, ist es aus ihrer Sicht folgerichtig, von vornherein jegliche Interpretationen abzulehnen, die im Rechtspopulismus auch einen wütenden Protest gegen die strukturellen Umbrüche und Ohnmachtsgefühle in der Arbeitswelt erkennen wollen. Damit wird ihre Interpretation des Rechtspopulismus jedoch selbst zu einem Paradox. Denn auf der einen Seite sprechen sie der Wählerschaft der AfD die Fähigkeit ab, „die doppelte Illusion des Leistungsprinzips zu durchschauen“ und mit ihrer Stimmabgabe auch ein Zeichen des politischen Protests gegen Ohnmachtsgefühle und Kontrollverlust zu tätigen. Auf der anderen Seite sollen die Wähler der AfD aber als aktive

8 So gibt es in der AfD zwar Interessensgruppen, die sich für die Rechte der Arbeiterschaft einsetzen und etwa das Ende von Leiharbeit, Hartz IV oder die Einführung eines höheren Mindestlohns fordern. Diese Forderungen richten sich jedoch in der Regel nur auf eine Verbesserung der sozialen Lage der „deutschstämmigen Arbeiter:innen“ (vgl. Haarfeldt 2017).

politische Subjekte ernst genommen werden. Allerdings fokussieren sich Menz und Nies dabei nur auf die, wie es Sandel beschrieben hat, „bösen“ und „fehlgeleiteten“ Motive des Rechtspopulismus, etwa die Ablehnung von Geflüchteten.

Auch in dieser arbeitssoziologischen Spurensuche über die Motive der AfD-Wahl wiederholt sich also ein Muster, das bereits in der oben aufgeführten Kritik auffiel. Bestimmte Arbeits- und Lebensweisen (wie zum Beispiel der Leistungsglaube oder das Festhalten an der Bedeutung eigener, ehrlicher oder harter Arbeit) werden in vielen gegenwärtigen Studien zum Rechtspopulismus als anfälliger für autoritäre bzw. antidemokratische Einstellungen als andere Lebens- und Arbeitsweisen diagnostiziert.⁹ Als Ursache dieses Autoritarismus gilt nun nicht mehr eine Unterordnung unter eine autoritäre Familienstruktur, sondern eine „angstgetriebene Unterwerfung unter die Autorität des Marktes“. Die Leerstellen dieser Diagnose bleiben jedoch gleich: Welche Bedeutung etwa Arbeit und Eigenleistung für das Selbstbild und Leben der „einfachen (Fach-)Arbeiter und Angestellten“ fern von den ausgemachten Systemzwängen haben könnte, bleibt offen. Ebenso wenig wird nach den Ursachen der Abwertung sogenannter einfacher Arbeitstätigkeiten oder der Erosion des Leistungsprinzips gefragt, geschweige denn nach möglichen politischen Auswegen aus dieser Situation. Stattdessen erscheint das Unvermögen der rechtspopulistischen Wähler, sich der „vermutlich schon immer unhaltbaren meritokratischen Annahme“ zu verwehren und sich der „doppelten Illusion des Leistungsprinzips“ klar zu werden, als das eigentliche Problem. Eine solche Perspektive suggeriert zugleich, dass andere Klassen mit anderen Lebens- und Arbeitsweisen besser in der Lage seien, sich von den Illusionen des Leistungsprinzips zu verabschieden und damit nicht nur immuner gegenüber rechtspopulistischen Narrativen, sondern auch die besseren Demokraten wären.

2.2. Die Kommunitarismusthese

Neben der anhaltenden Forschung über die Wiederkehr des Autoritarismus stellt die Kommunitarismusthese eine weitere derzeit breit diskutierte Erklärung der Motive rechtspopulistischer Wähler dar. Im Zentrum die-

9 Ganz ähnlich wie Menz/Nies deutet etwa auch Tobias Kaphegyi den Leistungsglauben der AfD-Wähler als eine ordo-liberale Ideologie, durch die sie für linke Parteien nicht mehr erreichbar seien (vgl. Kaphegyi 2022).

ser These steht die Behauptung, dass gegenwärtige liberale Demokratien nicht mehr von dem ökonomischen Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit, sondern von einem durch Globalisierungsprozesse ausgelösten Konflikt zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus geprägt werde. Diese weitreichende und lebhaft geführte Debatte hat je nach Perspektive und theoretischen Vorverständnissen zahlreiche Ausprägungen. Für die Diskussion über die Motive rechtspopulistischer Wähler soll an dieser Stelle von einer kulturellen sowie einer sozialen Kommunitarismusthese die Rede sein.¹⁰

Erstere zeichnet den neuen Konflikt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus vor allem anhand kultureller Distinktion nach. Auf diese Weise beschreibt etwa Andreas Reckwitz die Situation. Seiner Ansicht nach haben sich im Zuge der Globalisierung neue Klassenfraktionen herausgebildet: Auf der einen Seite stehen die Kosmopoliten, die sich aus einer gut situierten Oberklasse und vor allem einer neuen, akademischen Mittelschicht, Reckwitz nennt sie auch die „Akademikerklasse“ (Reckwitz 2018, 274), zusammensetzen. Auf der anderen Seite stehen die Kommunitaristen, die große Teile der alten Mittelschicht und der (neuen) Unterklasse bilden. Für die Akademikerklasse und die neue Oberklasse seien vor allem das Streben nach Authentizität, Selbstverwirklichung und ein kosmopolitisches Weltbild charakteristisch.

Mit dieser Orientierung an kosmopolitischen Werten geht nach Reckwitz zugleich die Abwertung aller Provinzialität und traditioneller Werte einher, die die „kosmopolitische Akademikerklasse vor allem in der Unterklasse (zumeist ihrer einheimischen, sesshaften Fraktion) und im ‚kleinbürgerlich‘ scheinenden alten Mittelstand“ (ebd., 302) ausmache. Laut Reckwitz hat die Dominanz der „Akademikerklasse“ und die damit einhergehende kulturelle Abwertung großer Teile der alten Mittel- und Unterschicht zu politischen Reaktionen wie dem *Brexit* oder dem anhaltenden Erfolg rechtspopulistischer Parteien geführt (vgl. ebd., 369).

Anders als in der Autoritarismusforschung kann die Wahl einer rechtspopulistischen Partei vor diesem Hintergrund daher durchaus, wie etwa von Didier Eribon beschrieben, als ein Akt der politischen Notwehr gesehen werden (vgl. Eribon 2016, 123). Denn für Reckwitz stellt der Rechtspopulismus in erster Linie eine kulturelle Reaktion auf die „entfaltete Hege-

10 Die Debatte zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus prägt seit einigen Jahren die Politische Theorie und Philosophie. Für die verschiedenen Ausprägungen dieser Debatte vgl. Merkel und Zürn 2019.

monie des neuen Liberalismus“ (Reckwitz 2018, 414) dar. Hinter der Wahl einer rechtspopulistischen Partei vermutet Reckwitz demnach vor allem die Forderung der arbeitenden Klassen nach nationaler Schließung, nach einer kulturellen Homogenität, die sich gegen Migranten und kosmopolitische Werte richtet:

„Ein Modell kultureller Homogenität suggeriert eine kulturelle Einheitlichkeit der Werte und Praktiken, eine Nationalkultur in ihrer kollektiven Identität, einen natürlichen Common Sense, allgemein anerkannte Moralvorstellungen der ‚anständigen Leute‘ und dergleichen.“ (ebd., 415)

Laut Reckwitz erfüllen rechtspopulistische Parteien dieses Bedürfnis mit einer kulturkommunitaristischen bzw. -essentialistischen Position:

„Der Kulturessenzialismus kommt darin zum Ausdruck, dass die politische Einheit des Volkes im Kern als eine kulturelle, in der Regel nationalkulturelle Einheit verstanden wird: eine kollektive Identität der ‚authentischen Franzosen‘ [...] mit ihrer besonderen Geschichte, ihren Traditionen, ihrem Territorium und ihrem ‚Nationalcharakter‘. Die Kultur des Volkes scheint einen natürlichen Ethos, eine ‚common decency‘ auszudrücken.“ (ebd., 416)

Obwohl die Darstellungen von Reckwitz über große Teile sehr nachvollziehbare Entwicklungsdynamiken moderner Demokratien enthalten, sollen an dieser Stelle ebenfalls zwei Einwände gegen seine Betrachtung der Motive rechtspopulistischer Wählerinnen erhoben werden:

Erstens ist es keineswegs ausgemacht, dass sich kulturkommunitaristische und kosmopolitische Positionen so eindeutig polarisierend zwischen oberen und unteren Statusgruppen aufteilen wie es Reckwitz vermutet und als verantwortlich für unterschiedliche Wahlverhalten macht. Wie Mau et al. in einer umfassenden empirischen Untersuchung über statusbezogene Unterschiede hinsichtlich der Beurteilung aktueller Ungleichheiten feststellen, lässt sich bei der Einstellung zu Migration (Innen-Außen-Ungleichheit) und Vermögensungleichheit (Oben-Unten-Ungleichheit) vorsichtig von einer Polarisierung in Deutschland¹¹ sprechen (vgl. Mau, Lux, und Jacobi 2022, Tabelle 3). Denn während untere Statusgruppen der Migration eher kritisch gegenüberstehen, werde diese von den oberen Statusgruppen

11 Das Sample der Autoren bietet auch Vergleichsdaten zu Ungarn, Polen, Italien, Frankreich und Schweden. Von Interesse sind hier aber lediglich die Ergebnisse für Deutschland.

eher befürwortet. Auch in der Frage der Einstellung zur Vermögensungleichheit (Oben-Unten-Ungleichheit) zeigen sich hinsichtlich der vertikalen Statuslage Unterschiede. So befürworteten die unteren Statusgruppen Umverteilungsprogramme für mehr soziale Gerechtigkeit, diese werden von den oberen Statusgruppen wiederum eher abgelehnt (vgl. ebd.).

Bei der Frage der Wir-Sie-Ungleichheit, in der es um die Anerkennung sexueller Minderheiten geht, zeigen sich jedoch keine statusbezogenen Unterschiede für Deutschland. Vielmehr lassen sich hier unterschiedliche Einstellungen entlang von horizontalen Merkmalen wie z.B. Alter erkennen. Das trifft auch für Einstellungen zum Klimaschutz zu. Hier sind ebenfalls nicht die vertikalen Statuslagen, sondern horizontale Merkmale ausschlaggebend für unterschiedliche Einschätzungen. Insgesamt kommt die Forschungsgruppe also zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede hinsichtlich der Einstellungen zu aktuellen *Cleavages* „nur bei wenigen Themen ein Ausmaß [erreichen], das auf eine Polarisierung hindeutet“ (ebd.).

Die Forschungsannahme von Reckwitz, der die kulturkommunitaristischen Einstellungen der unteren Statusgruppen als einen wesentlichen Grund der Erfolge rechtspopulistischer Parteien ansieht, muss daher zumindest differenzierter betrachtet werden. Im Falle der Migration ist diese These durchaus zutreffend, bei Fragen zur Anerkennung sexueller Minderheiten oder Klimaschutz hingegen weniger plausibel. Diese Einstellungen werden nicht durch Status, sondern durch Alter oder Wohnort bestimmt.

Ein zweiter Kritikpunkt an der Kulturkommunitarismusthese betrifft die Auslassung von sozio-ökonomischen Faktoren. Wie Mau et. al. feststellen, ist nicht nur eine kritische Einstellung gegenüber Migration, sondern auch eine Befürwortung von Umverteilungsprogrammen vor allem in den unteren Statusgruppen verankert. Diese sozioökonomische Polarisierungslinie wurde in der Forschung zur AfD lange Zeit vernachlässigt. Viele Forscherinnen gelangten durch diese Auslassung zu der Behauptung, dass die Erosion bestehender kultureller Privilegien einer ökonomisch abgesicherten, gut ausgebildeten Mittelschicht ausschlaggebend für die Wahl einer rechtspopulistischen Partei sei (vgl. mit Blick auf die AfD Lengfeld 2017).

Wie bereits am Anfang dieses Kapitels skizziert, hat sich der Fokus mittlerweile verschoben und die meisten Untersuchungen über die Motive der Wahl rechtspopulistischer Parteien betrachten auch sozio-ökonomische Faktoren zumindest als einen möglichen Erklärungsfaktor. So zeigt auch eine groß angelegte qualitative Studie des Progressiven Zentrums, dass vor allem ökonomische Probleme in den rechtspopulistischen Hochburgen

Frankreichs und Deutschlands die dort lebenden Menschen umtreiben. Für die meisten der insgesamt 500 Gesprächspartner, so resümiert der Autor der Studie Johannes Hillje,

„spielte die Sorge vor dem Verlust der eigenen Kultur nur eine untergeordnete Rolle. Wenn überhaupt scheint diese kulturelle Dimension erst von der sozioökonomischen aktiviert zu werden. Mit anderen Worten: Aus Angst vor dem sozialen Abstieg klammert man sich an eine kulturelle Konstante. Von einem weit verbreiteten identitätspolitischen Denkmuster kann bei der Mehrheit der Gesprächspartner dennoch nicht die Rede sein.“ (Hillje 2018, 23)

Angesprochen auf ihre persönlichen Probleme sprach die Mehrheit der Befragten folglich nicht über die kulturellen Herausforderungen der Migration, sondern über die Sorge um den Arbeitsplatz, die drohende Altersarmut oder den Verfall der sozialen Infrastruktur (vgl. ebd., 14).

Auch Reckwitz räumt dieser Betrachtung des Rechtspopulismus ein Erklärungswert ein. Daher attestiert er den unteren Statusgruppen nicht nur die Sehnsucht nach einer kulturellen Homogenität, die sich im Rechtspopulismus ausdrückt, sondern ebenso einen Wunsch nach sozialer Homogenität. Diese Haltung ist seiner Meinung nach jedoch eher charakteristisch für den Linkspopulismus (vgl. Reckwitz: 415, FN 96). Eine soziale Homogenität antwortete auf den Konflikt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus durch die Betonung

„eine[r] soziale[n] Einheitlichkeit der Lebenssituation der ‚eigentlichen‘ Bevölkerung und damit ihrer Interessen – dies sind die ‚kleinen Leute‘, die Arbeitnehmer und Lohnempfänger, jene ‚die harte Arbeit tun und das Land aufbauen‘ etc.“ (ebd.)

Die Interpretation des Rechts- bzw. Linkspopulismus als Ausdruck des Wunsches nach sozialer Homogenität geht über eine ausschließlich kulturelle oder ökonomische Betrachtungsweise hinaus. Vielmehr deutet dieser Begriff an, dass kulturelle und soziale Faktoren sich wechselseitig beeinflussen. Der Begriff wurde vor allem von dem in der Weimarer Republik wirkenden sozialdemokratischen Staatswissenschaftler und energischen Widersacher Carl Schmitts, Hermann Heller, geprägt. Dieser schrieb in einem Aufsatz aus dem Jahre 1928 über „Politische Demokratie und soziale Homogenität“, dass jede funktionstüchtige Demokratie ein bestimmtes Maß an sozialer Homogenität voraussetze:

„Es gibt einen gewissen Grad von sozialer Homogenität, ohne welchen eine demokratische Einheitsbildung überhaupt nicht mehr möglich ist. Eine solche hört dort auf, wo sich alle politisch relevanten Volksteile in der politischen Einheit in keiner Weise mehr wiedererkennen, wo sie sich mit den staatlichen Symbolen und Repräsentanten in keiner Weise mehr zu identifizieren vermögen.“ (Heller 1928, 40)

Entscheidend an der Darstellung Hellers ist, dass ein bestimmter Grad an sozialer Homogenität zwar die Voraussetzung der Demokratie ist, diese aber niemals die Aufhebung „der notwendig antagonistischen Gesellschaftsstruktur“ (ebd., 41) nach sich ziehe. Eine kulturalistische oder gar naturalistische Homogenitätsvorstellung ist damit genauso apolitisch wie eine soziale Homogenitätsvorstellung, die den materiellen Konflikt ausblendet. Denn anders als jede andere politische Form sei die Existenz der Demokratie von „dem Dasein einer sozialen Angeglihenheit abhängig“ (ebd., 42). Ohne diese, so Heller weiter, „werde die radikalste formale Gleichheit zur radikalsten Ungleichheit und die Formaldemokratie zur Diktatur der herrschenden Klasse“ (ebd., 43).

Für die Debatte über die Motive rechtspopulistischer Wähler bedeutet dies, dass das Bedürfnis nach sozialer Homogenität mehr als eine Betonung von Alltagskonventionen oder der Einheitlichkeit der Lebenssituation der ‚kleinen Leute‘ darstellt, wie es von Reckwitz vermutet wird. Mit Heller gesprochen geht es dabei vor allem auch um die Verringerungen sozialer Ungleichheiten. Diese Implikationen des Wunsches nach „sozialer Homogenität“ werden in der von Reckwitz skizzierten kultur- und sozialkommunitaristischen Perspektive jedoch nicht ausreichend in den Blick genommen.

Auch der bereits oben genannte Christopher Lasch kritisierte diese Leerstelle einer kommunitaristischen Populismusanalyse. Seiner Meinung nach besteht der entscheidende Unterschied zwischen Kommunitarismus und Populismus darin, dass letzterer die Gesellschaft immer auch als eine Klasesengesellschaft verstehe:

„gross inequalities, as populists have always understood, are incompatible with any form of community that would now be recognized as desirable and that everything depends, therefore, on closing the gap between elites and the rest of the nation.“ (Lasch 1996, 114)

Diese Überlegungen suggerieren, dass hinter dem vermeintlichen kulturellen oder sozialen Homogenitätsbedürfnis der ‚einfachen Leute‘ eine „kol-

lektive Enttäuschungserfahrung“ liegt, die dann entsteht, wenn „die Kluft zwischen den Versprechen der Demokratie und den realdemokratischen Verhältnissen zu groß wird“ (Jörke und Selk 2017, 96). Um die Erfolge rechtspopulistischer Parteien zu verstehen, gilt es, diese Enttäuschungserfahrung näher zu erforschen.

2.3. Moralisches Unrechtsempfinden und die produktivistische Ethik

Bislang wurden zwei Erklärungsansätze für die Erfolge rechtspopulistischer Wähler kritisch diskutiert. Während die Autoritarismusthese dazu tendiert, nur die vermeintlich ‚bösen‘ oder ‚fehlgeleiteten‘ Motive zu betrachten, konzentriert sich die kulturkommunitaristische These zu sehr auf eine kulturelle Polarisierung. Der Rechtspopulismus kann damit zwar als politisches Phänomen ernst genommen werden. Ökonomische Aspekte werden in dieser Deutung aber nicht ausreichend mit einbezogen. Die Sozial-Kommunitarismusthese versucht diese Lücke zu füllen, ihr mangelt es jedoch an einem Verständnis politischer Klassenkonflikte, die sich in liberalen Demokratien an den uneingelösten Gleichheitsversprechen der Demokratie entzünden.

Eine Perspektive, die diese Leerstellen vermeiden möchte, sieht sich folglich mit zwei Herausforderungen konfrontiert. Sie muss zum einen nach den kollektiven Enttäuschungserfahrungen der Wähler rechtspopulistischer Parteien fragen und sich dabei von der starren Gegenüberstellung zwischen kulturellen und sozialen Motiven lösen. Zum anderen gilt es die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse in liberalen Demokratien miteinzubeziehen, die diese Enttäuschungen erst hervorrufen. Insbesondere die US-amerikanische Populismusforschung bietet für eine solche Perspektive einen geeigneten Ausgangspunkt.

In ihrer Forschung über die Anhängerinnen der *Tea-Party* im Süden der USA konnte die Soziologin Arlie Hochschild sehr deutlich nachweisen, dass enttäuschte Hoffnungen auf einen sozialen Aufstieg und materielle Sicherheit charakteristisch für viele waren, die wenig später auch die erste Präsidentschaftskandidatur Donald Trumps unterstützten (vgl. Hochschild 2016, 135ff).¹²

Hochschild deutet diese Enttäuschungserfahrung als einen Klassenkonflikt. Allerdings richtete sich die Wut der *Tea-Party* Sympathisanten nicht

12 In Anlehnung an Hochschild kann Klaus Dörre auch für die Wählerschaft der AfD eine verletzte „Tiefengeschichte von rechts“ ausmachen (vgl. Dörre 2020, 17).

gegen die Reichen oder Eigentümer großer Wirtschaftsunternehmen, sondern in erster Linie gegen die Regierung. Denn diese untergrabe, aus Sicht der von Hochschild Befragten, durch staatliche Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsschichten den Amerikanischen Traum, es durch eigene Arbeit und Leistung zu Wohlstand und sozialem Ansehen zu schaffen (vgl. ebd., 150). Für die Anhänger der *Tea-Party* verlaufe der Klassenkonflikt demnach nicht klassisch-marxistisch zwischen Arbeiterklasse und den Eigentümern an Produktionsmitteln, sondern zwischen den ‚makers‘ und den ‚takers‘, d.h. denjenigen, die stolz darauf sind, nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein und durch eigene Arbeit über die Runden zu kommen und denjenigen, die diese staatliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Die Selbstbeschreibung als ‚makers‘ ist charakteristisch für populistische Bewegungen. Anders als Hochschild in ihrer Untersuchung über die Anhänger der *Tea-Party* herausstellt, kann der Populismus jedoch als eine politische Strömung betrachtet werden, die mit der liberalen Marktideologie bricht. Auf diese Weise interpretiert der Historiker Christopher Lasch den US-amerikanischen Populismus. Gegenüber Liberalismus oder Kommunitarismus zeichne sich der Populismus in den USA seiner Meinung nach vor allem durch eine Betonung der „Prinzipien des Respekts“ aus (Lasch 1995, 106). Nach Lasch steht Populismus für

„plain manners and plain, straightforward speech. [...] Populism is the authentic voice of democracy. It assumes that individuals are entitled to respect until they prove themselves unworthy of it, but it insists that they take responsibility for themselves.“ (ebd.)

Diese für hiesige Debatten ungewohnte Bestimmung des Populismus als die „authentische Stimme der Demokratie“ ist stark von einer der ersten populistischen Bewegung geprägt: dem *populist movement* im ausgehenden 19. Jahrhundert der USA. In dieser Protestbewegung, die 1891 in der Gründung der ersten populistischen Partei, der *People's Party* (auch *Populist Party* genannt), mündete, versammelten sich vor allem Kleinbauern und Handwerker, um gegen die zunehmende Macht von Banken und Großkonzernen für den Erhalt ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit einzutreten (vgl. Jörke und Selk 2017, 20).¹³

13 Für eine detaillierte Darstellung des politischen Denkens der US-amerikanischen Populisten jener Zeit vgl. Müller 2020.

Diese dezidiert kapitalismuskritische Haltung wird im Populismus vor allem durch das Ideal des Produktionismus zum Ausdruck gebracht (vgl. Lasch 1991, 223). Dieses Ideal besagt, dass sich

„Identität und Selbstgefühl vornehmlich aus der Fähigkeit speisen, sich und seine Familie mittels eigener Arbeit zu ernähren und anderen Instanzen gegenüber nicht abhängig oder ihnen gar ausgeliefert zu sein – etwa im Falle der Überschuldung.“ (Jörke/Selk 2017, 21)

Dieses Ideal des Produktionismus ist, wie auch die Befragungen Hochschilds deutlich machen, nach wie vor in der US-amerikanischen Mittel- und Unterschicht verankert. Nach Lasch zeichnet sich die Lebensweise der US-amerikanischen Arbeiterklasse durch einen „petty-bourgeoise state of mind“ (Lasch 1991, 486) aus. Neben dezidiert religiösen und traditionell-konservativen Einstellungen sei für sie vor allem die Selbstbeschreibung als Produzenten charakteristisch:

„Above all, they define themselves as a ‚middle class‘. They also define themselves as ‚workers‘, of course, but the meaning of that term, in America, is still closer to ‚producers‘ than to ‚proletarians‘.“ (ebd.)

Obwohl diese Betrachtungsweise des Populismus und die damit einhergehende Charakterisierung der US-amerikanischen Arbeiterschaft nur vor dem Hintergrund eines spezifischen Kontexts verstanden werden kann, sollen im Folgenden trotz geographischer und zeitlicher Differenzen einige Parallelen nicht nur zum gegenwärtigen Rechtspopulismus in Europa, sondern auch zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung aufgezeigt werden. Diese Parallelen bestehen vor allem in ähnlichen Ausdrucksformen und Appellen an das Ideal des Produktionismus, wie sie klassischerweise auch in sozialistischen oder sozialdemokratischen Bestrebungen formuliert wurden.

Letzteres wird besonders deutlich in Barrington Moores Studie über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Deutschland (vgl. Moore 1987). In dieser Studie geht Moore am Beispiel von Arbeiteraufständen im 19. und 20. Jahrhundert der Frage nach, wann und warum Menschen sich gegen herrschende Zustände auflehnen und welchen moralischen Prinzipien diesen Unrechtsempfindungen zugrunde liegen. Eine wesentliche Quelle der Moral und damit auch des Zorns meint Moore vor allem in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu entdecken, die einem „impliziten Gesellschaftsvertrag“ zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft gleiche, „der ständigen Testen und Neuverhandlungsprozessen unterworfen ist“ (Moore

1987, 57). In jeder arbeitsteiligen Gesellschaft berge neben der Ausübung notwendiger, aber niedrig angesehener Arbeiten vor allem der Umgang mit Müßiggängern sowie der gerechte Zugang zu Eigentum ein Konfliktpotential.

Aus der Sichtweise der arbeitenden Klassen, die im Mittelpunkt der Mooreschen Untersuchung stehen, bedeute das, dass jedes Individuum „genügend“ Eigentumsrechte haben soll, um eine „anständige“ Rolle in der Gesellschaft einzunehmen. Die Begriffe „genügend“ und „anständig“ werden dabei oft in traditionellen Begriffen definiert:

„Ein Bauer sollte genügend Land haben, um einen Haushalt ernähren zu können; ein Handwerker sollte Eigentumsrechte an den Werkzeugen seines Gewerbes haben und dazu genug Kundschaft, um die ihm zugeordnete Rolle im städtischen Gemeinwesen zu spielen. Wo eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen diese Art von Unabhängigkeit bedroht, entsteht ein zorniges Gefühl, dass Unrecht geschieht; gewöhnlich richtet es sich gegen die Gläubiger.“ (ebd., 61)

Die Entstehung eines solchen Unrechtsempfindens weist Moore exemplarisch anhand der Proteste deutscher Handwerker rund um die Revolution 1848 nach. In diesen Protesten sei es vor allem den Handwerksmeistern darum gegangen, ihre kollektivistische Zunftethik, in der man nur durch

„ausdauernde und ehrbare Arbeit [...] ein ehrenwerter und angesehener Bürger der Stadtgemeinde werden konnte, gegen eine zunehmende individualistische Kapitalismusethik zu verteidigen.“ (ebd., 185)

Für Moore ist es bei der Betrachtung solcher Aufstände wichtig zu erkennen, dass „dieser Zorn sehr viel mehr als direktes materielles Interesse ausdrückt. Solche Menschen sind moralisch empört, weil sie das Gefühl haben, dass ihre ganze Art zu leben auf unfaire Weise angegriffen wird“ (ebd., 61).

Auch Moore beschreibt hier ein moralisches Unrechtsempfinden, welches sich durch eine produktivistische Ethik ausdrückt. Die Fähigkeit, durch eigene und „ehrbare Arbeit“ für sich und seine Angehörigen zu sorgen, erhält eine moralische Bedeutung. Sollte diese Fähigkeit negiert werden oder unter Druck geraten, kann das zu wütenden Aufständen führen. Dabei war auch Moore in der Kontextualisierung der Ergebnisse seiner Studie der Meinung, dass dieses Unrechtsempfinden im Bezug auf die Würde der eigenen Arbeit immer noch eine zentrale Rolle spielt und genauere Betrachtung verdient (vgl. ebd., 621).

Auch weitere historische Studien über Arbeiteraufstände im 19. und 20. Jahrhundert in Europa, den USA oder Australien kommen zu dem Schluss, dass der Produktionismus als das verbindende Klassenbewusstsein der sich formierenden Arbeiterbewegung angesehen werden muss.¹⁴ Verfolgt man die Spuren dieses Ideals des Produktionismus in der Entwicklung der politischen Ideengeschichte weiter, lassen sich unterschiedliche politische Anreicherungen und Aneignungen der produktivistischen Ethik feststellen. Diese reichen von sozialistischen oder sozialdemokratischen über rechtspopulistische bis hin zu faschistischen Anrufungen einer produktivistischen Ethik.¹⁵

Ohne den historischen Verästelungen hier weiter nachzugehen, kann festgehalten werden, dass den politischen Ausdrücken einer produktivistischen Ethik neben einer moralischen (vielmals auch religiösen) Begründung einer Arbeitswerttheorie eine doppelte Abwertungsstrategie gemeinsam ist. Auf der einen Seite richtet sich der Produktionismus klassischerweise gegen das Establishment, womit sowohl ‚money power‘ und ‚big business‘ als auch eine politische Kaste gemeint ist, die sich auf Kosten der Mehrheit bereichere und selbst nichts zum Wohlstand der Gesellschaft beitrage. Doch auch nach unten grenzt sich der Produktionismus gegen vermeintlich leistungsunwillige Gruppen ab. Dies kann etwa durch rassistische Vorurteile gegenüber Einwanderern geschehen, die als billige Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze wahrgenommen und deswegen als faul, nutzlos oder leistungsunwillig diffamiert werden. Auch in der Unterscheidung zwischen einer gut organisierten Facharbeiterschaft und den ‚faulen

14 Für den Produktionismus der Arbeiterbewegung in den USA, Australien und Frankreich vgl. Cole 2006; Asher 1998; Sewell 1980. In den Forderungen der *General Society of Wallpaper Workers of the French Republic* von 1848 kommt der Zusammenhang zwischen der moralischen Betonung von Arbeit und politischen Forderungen exemplarisch zum Ausdruck: „Idle Persons are bad citizens and not worthy of the name of comrades. The Society considers man’s labor as the most beautiful result of his intelligence; it wants, it asks for nothing but labor. Also it regards as sacred the right to fix tariffs in accord with the manufacturers (zitiert nach Sewell 1980, 264).“ Wie Sewell anhand weiterer Beispiele verdeutlicht, hatte Arbeit und die Absicherung von Arbeit für die revolutionäre Arbeiterbewegung in Frankreich auch eine religiöse Bedeutung. In vielen Abbildungen und Schriften der Arbeiterbewegung dieser Zeit wird Jesus als „divine proletarian“ stilisiert und als ein Schutzpatron der Arbeiterschaft angesehen (vgl. ebd., 239).

15 Für die Verbindung zwischen Produktionismus und Faschismus vgl. Abromeit 2016; für die verschiedenen Facetten und Ausdrucksweisen einer produktivistischen Ethik im US-amerikanischen Populismus von den ersten populistischen Bewegungen bis zur *Tea-Party* oder *Occupy Wall Street* vgl. Kazin 2012.

Armen', ‚leistungsunwilligen Sozialhilfeempfängern‘ oder prekär Beschäftigten tritt diese Abgrenzung von einem ‚Unten‘ auf. Dies ist keinesfalls ein Alleinstellungsmerkmal rechtspopulistischer Parteien, sondern kann in ganz ähnlicher Form auch in linken bzw. sozialdemokratischen Debatten vernommen werden; etwa in der historischen Unterscheidung zwischen dem revolutionären Subjekt des anständigen Proletariats und der moralischen Diffamierung einer Unterklasse als Lumpenproletariat.¹⁶

Diese produktivistische Rhetorik hat die Sozialdemokratie sowie die Gewerkschaften seit ihrer Entstehung geprägt. Das zeigt sich vor allem daran, dass sich Gewerkschaften wie auch Sozialdemokratie traditionell schwer damit taten, neben ihrem Kernklientel, einer industriellen (Fach-)Arbeiterschaft, auch ungelernete Arbeiterinnen oder Arbeitslose anzusprechen. Diese wählten in der Zeit der Weimarer Republik traditionell stärker die KPD als die SPD. In der Nachkriegszeit gelang es der SPD dann aber zeitweise immer besser, das Wählerpotential der (dann schließlich 1956 verbotenen) KPD für sich zu gewinnen (vgl. Nachtwey und Spier 2007, 30). Spätestens mit Beginn der zweiten rot-grünen Koalition und der Agenda-Politik unter Gerhard Schröder verlor die SPD dann aber sowohl unter Arbeitern als auch unter Arbeitslosen endgültig an Rückhalt.¹⁷ Beide Gruppen fanden zunächst in der neugegründeten Linkspartei eine neue politische Heimat, der es gerade unter dem Führungsduo Gysi/Lafontaine gelang, sowohl in Ost- als auch Westdeutschland Wahlerfolge in der Gruppe der Arbeiter sowie der Arbeitslosen zu erzielen.¹⁸ Heute lässt sich jedoch feststellen, dass sowohl SPD als auch Linkspartei immer seltener ihr einstiges Kernklientel erreichen. Bei der Bundestagswahl 2021 erzielte die SPD unter Arbeitern 26%. Die Linke kam nur noch auf 5% und belegte

16 Zu der Figur des Lumpenproletariats vgl. die Studie von Christopher Wimmer (vgl. Wimmer 2021).

17 Der SPD-Anteil in der Gruppe der Arbeitslosen lag 1998 noch bei 55%, 2005 dann nur noch bei 26% (vgl. Nachtwey/Spier 2007, 30). Zum Vergleich: 1980 konnte die SPD in der Gruppe der Arbeiter noch 61% erreichen, gemessen an ihrem Gesamtergebnis wurde die SPD damit deutlich überdurchschnittlich von Arbeitern gewählt. 2005 lag der SPD-Anteil in der Gruppe der Arbeiter dann bereits fünf Prozentpunkte unter ihrem damaligen Gesamtergebnis. Auch wenn der Arbeiteranteil an allen Erwerbstätigen von 1980 bis 2005 von 42,3 auf 33,5 Prozent gesunken ist, verdeutlichen diese Größenverhältnisse doch sehr anschaulich das veränderte Wählerklientel der SPD (vgl. ebd., 22).

18 Im Osten machten Arbeitslose 2005 mehr als ein Achtel der Linkspartei-Wählerschaft aus (vgl. Nachtwey/Spier 2007, 32). In der Gruppe der Arbeiter konnte die Linke damals die SPD in den ostdeutschen Bundesländern überholen (vgl. ebd., 22).

damit den letzten Platz. Der AfD-Anteil unter Arbeitern lag bei 21%. Unter Arbeitslosen erzielte die SPD 23%, die AfD 17% und Die Linke 11% (vgl. Bundestagswahl 2021).

Diese Stimmenverluste lassen sich auch auf eine veränderte produktivistische Ideologie linker Parteien zurückführen, die sich immer mehr an ein neues, stark akademisch geprägtes Wählerklientel angepasst hat. Das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen sowie der Arbeitslosen wurde dadurch immer weniger adressiert. Um den Erfolg rechtspopulistischer Parteien zu verstehen, ist es notwendig, diese ideologische Neuausrichtung linker Parteien kurz nachzuzeichnen.

2.4. Neue produktivistische Ideale linker Parteien

Thomas Piketty führt den dargestellten Stimmenverlust linker Parteien¹⁹ unter Arbeiterinnen nicht auf eine Verbesserung der sozioökonomischen Lage oder einen stetigen Aufstieg der Arbeiterklasse in die Mittelschicht, sondern auf eine ideologisch-programmatische Neuausrichtung linker Parteien zurück (vgl. Piketty 2020, 1065f.). Dieser Punkt ist wichtig zu betonen. Denn die Klassengegensätze der Nachkriegszeit, die linken Parteien als historische politische Verbündete der arbeitenden Klassen ein solides Wahlpotential verschafft haben, existieren, wie Piketty in seinen Büchern immer wieder belegt, weiterhin und haben sich im Zuge der Globalisierung und Liberalisierung der Kapitalmärkte sogar verschärft. Linke Parteien hätten es jedoch nicht geschafft, auf diese alten und neuen Herausforderungen politische Antworten zu formulieren, die die unteren Statusgruppen erreichen (vgl. ebd., 1066). Vielmehr habe sich die programmatische Ausrichtung linker Parteien so stark verändert, dass einfache Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeitslose sich immer weniger von ihnen repräsentiert fühlen. Stattdessen wählen nun vor allem Akademikerinnen linke Parteien (vgl. ebd., 927).

Piketty führt diesen Austausch der Kernwählerschaft auf ein stetiges Anwachsen des Bildungssektors und einer damit einhergehenden schleichen-

19 Piketty subsumiert unter linken Parteien ein breites Parteienspektrum, das von kommunistischen und sozialistischen zu sozialdemokratischen Parteien oder der Demokratischen Partei in den USA reicht. Trotz zahlreicher Unterschiede zwischen den Parteien ist die Tendenz bei allen gleich: Sie haben erheblich an Stimmen in Arbeitermilieus verloren und werden heute vor allem von Akademikern gewählt.

den Abkehr linker Parteien von den arbeitenden Klassen zurück. Dieser Prozess ist laut Piketty keineswegs gezielt angestrebt worden, sondern habe sich zunächst „unwillkürlich und ohne konkrete Beschlüsse“ vollzogen (Piketty 2020, 938).²⁰ Allerdings lasse sich heute beobachten, dass linke Parteien und ihre akademische Anhängerschaft mit dem neuen Status quo durchaus zufrieden sind und nun eine „gewisse Selbstgefälligkeit und Herablassung gegenüber dem Rest der Bevölkerung an den Tag legen“ (ebd.).

Diese Herablassung der neuen linken Parteien und ihrer Wählerschaft lässt sich besonders gut anhand der ideologischen Neuausrichtung des Ideals des Produktionismus nachvollziehen. Auf eine produktionsistische Elitenkritik wird nun größtenteils in linken Debatten verzichtet. Schließlich könnte die Thematisierung des Ungleichgewichts zwischen dem gesellschaftlichen Nutzen und der angemessenen Entlohnung von Arbeitstätigkeiten sowie die Frage nach Leistungs- und Steuergerechtigkeit, etwa angesichts niedriger oder nicht vorhandener Reichtums- oder Erbschaftssteuern, wofür nicht zuletzt die Neuausrichtung linker Parteien mit verantwortlich ist, zu Lasten des eigenen Wählerklientel gehen. Am Beispiel steuerpolitischer Maßnahmen in Frankreich schildert Piketty diese Herablassung der linken Parteien gegenüber den von ihnen nun entfremdeten unteren Klassen. So trug die regierende Linke in den 1980er und 1990er Jahren

„die Liberalisierung der Kapitalflüsse mit, ohne diese Entscheidung abzustimmen oder für den sozialen, steuerlichen Ausgleich zu sorgen. Das führte zu einer Begünstigung der wohlhabenden und mobilen Bevölkerungsgruppen, während die Steuerlast für die als immobil geltenden Schichten in Form von indirekten Steuern und höheren Abgaben auf niedrige und mittlere Gehälter drückender wurde.“ (Piketty 2020, 939)

20 Der Politikwissenschaftler Franz Walter führt diesen schleichenden Veränderungsprozess am Beispiel der SPD bereits auf das Jahr 1973 zurück. Die Genossen wurden von der Ölkrise 1973 ausgebremst und zögerten anschließend, entschlossen darauf zu reagieren. Ihre Kontrahenten hatten derweil in Form des Neoliberalismus eine Gegenideologie aufgebaut, die zunehmend an Zustimmung gewann. Die SPD gab sich schließlich seit den 1980er Jahren ebenfalls den Versuchungen der freien Marktideologie hin und wurde immer mehr zu einer Partei der Neuen Mitte, in der Bildungsaufsteiger Karriere machen konnten. Personell wie inhaltlich mangelt es der Partei seitdem an einem Verständnis für die konkreten Lebens- und Leiderfahrungen der arbeitenden Klassen (vgl. Walter 2021).

In Deutschland lassen sich gerade für die rot-grüne Bundesregierung unter dem Kanzler Schröder ganz ähnliche Weichenstellungen für eine Umverteilung von unten nach oben erkennen. „Keine Bundesregierung vor ihr“, schreibt der Politikwissenschaftler Christoph Butterwege, „hat bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital, günstigere Anlagemöglichkeiten für Groß-Aktionäre und niedrigere Steuersätze für Unternehmer geschaffen als die rot-grüne“ (Butterwege 2020, 294). Auf der anderen Seite haben die Steuerreformen zu Mehrbelastungen der Arbeitnehmer geführt, was sich etwa daran zeige, dass Kapitalerträge seitdem niedriger besteuert werden als Arbeitseinkommen (vgl. ebd., 301). Die rot-grünen Steuerreformen, wie etwa der Verzicht auf die Erhebung der Vermögenssteuer, die Absenkung des Einkommenssteuerspitzensatzes von 53 Prozent auf 42 Prozent oder die Einführung einer pauschalen Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge, hat keine nachfolgende Bundesregierung bislang wieder rückgängig gemacht.

Statt einer produktivistischen Elitenkritik, die u.a. in der Forderung nach höheren Steuern für Kapital- und Vermögenserträge oder Erbschaften münden könnte, wurde das Thema der Eigenverantwortung von linken Parteien stärker adressiert und an ein meritokratisches Ideal geknüpft. So ist an die Stelle eines kollektivistischen Produzentenstolzes, in dessen Zentrum immer auch die Forderung nach existenzsichernden und anständigen Arbeitsplätzen sowie ökonomischer und politischer Würdigung (körperlich) anstrengender und vielfach aufopferungsvoller Arbeitsleistung stand, die Bewunderung individueller Anstrengungen und Leistungen getreten.²¹ Wobei Piketty beobachtet, dass für die neuen linken Parteien vor allem das Anhäufen von Bildungsabschlüssen und die Vermehrung des kulturellen Kapitals von zentraler Bedeutung sind (vgl. Piketty 2020, 957). Damit wurde auch die produktivistische Abgrenzung nach unten neu justiert: Deklassiert werden nicht mehr ‚nur‘ diejenigen, die keine Arbeit haben, sondern auch diejenigen, die Tätigkeiten verüben, aus denen sich weder kulturelles noch ökonomisches Kapital ergeben.

Der Journalist und Sachbuchautor David Goodhard führt diese Deklassierung großer Teile der Arbeiterklasse vor allem auf die ungleiche Anerkennung von Kompetenzen zurück, die sich nicht durch akademische Abschlüsse nachweisen lassen. Diejenigen, die Kopfarbeiter sind, also akademischen Tätigkeiten nachgehen, genießen gegenüber den Herz- und

21 Dieser Punkt wird an späterer Stelle in dieser Arbeit noch einmal aufgegriffen und anhand des Wandels der Anerkennung von Arbeit weiter ausgeführt, vgl. Kapitel 4.2.

Handarbeitern, womit Goodhart Handwerks- und Pflegeberufe meint, in nahezu allen westlichen Demokratien massive ökonomische sowie kulturelle Statusvorteile (vgl. Goodhart 2020, 49).

Für die Frage, wie es zu der Vorherrschaft der kognitiven Kompetenzen gegenüber anderen menschlichen Fähigkeiten, etwa Mitgefühl, Fürsorge, Anstand oder Loyalität – Kompetenzen, die man in der Regel nicht an einer Universität lernt –, kommen konnte, bietet Goodharts Analyse eine Antwort, die sehr an die Ausführungen Pikettys über den Wandel linker Parteien erinnert. Nach Goodhart hat sich in der postindustriellen Wissensgesellschaft ein Auslese- und Prämiensystem etabliert, von dem die kognitive Elite im Gegensatz zum Rest der Gesellschaft massiv profitiert und das in erster Linie der Reproduktion ihrer eigenen Vormachtstellung diene (vgl. ebd., 115f.). Das entscheidende Kriterium dieses Systems sei der alleinige Fokus auf den Nachweis kognitiver Kompetenzen, um als erfolgreich zu gelten. Dieses System manifestiere soziale Ungleichheiten. Denn von der Etablierung von Intelligenztests als Zugangsvoraussetzungen für ein Studium an einer der renommierten Universitäten in den USA oder Großbritanniens, oder der Trennung der Schülerinnen in Deutschland nach der vierten Klassen aufgrund ihrer schulischen Noten, profitieren vor allem diejenigen, die qua Geburt über hohe ökonomische und kulturelle Kapitalstöcke verfügen (vgl. ebd., 101). Auch ein Vergütungssystem, das sich nicht nach der Produktivität oder dem inhaltlichen Anspruch einer Tätigkeit richtet, sondern sich allein am Bildungsgrad des mit der Aufgabe Beauftragten orientiert, manifestiere die Vormachtstellung einer kognitiven Elite (vgl. ebd., 160ff.).

Auch wenn Goodhart keineswegs das dystopische Bild einer kognitiven Erbelite zeichnet, wie es der bekannteste Kritiker der Neuausrichtung der britischen *Labour* Partei Michael Young bereits 1958 tat (vgl. Young 1958), muss seiner Meinung nach festgehalten werden, dass

„in der Wissensgesellschaft auch bei einer relativ offenen Leistungselite immer eine große Minderheit und vielleicht sogar eine Mehrheit [bleibt], die sich ausgegrenzt fühlt oder über nicht-kognitive Fähigkeiten verfügt, die nicht ausreichend gewürdigt werden.“ (Goodhart 2020, 107)

Das Problem der mangelnden Chancengleichheit ist also nur die eine Seite der Ungleichheitsmedaille. Viel gravierender und für das demokratische Zusammenleben schädlicher ist nach Goodhart der Fakt, dass nicht-kognitive Kompetenzen in den meisten liberalen Demokratien viel weniger Aner-

kennung finden als kognitive Kompetenzen (vgl. ebd.). Dieser Statusverlust der nicht-kognitiven Kompetenzen zeigt sich in vielerlei Hinsicht: Etwa beim Blick auf die Entwicklung von Löhnen oder sinkenden Ausbildungsquoten²², aber auch an der fehlenden politischen Repräsentation der Interessen der arbeitenden Klasse im politischen System (vgl. Elsässer/Schäfer 2016). Dieses Ungleichgewicht auszugleichen, hält Goodhart für eine der dringendsten politischen Maßnahmen unserer Zeit.

Dabei sollte jedoch nicht der Fehler begangen werden, sich gänzlich vom Leistungsgedanken als Leitmotiv sozialer Gerechtigkeit zu verabschieden. Denn wie die Historikerin Nina Verheyen in ihrem Buch über die Erfindung der Leistung anhand zahlreicher Beispiele aus der Vergangenheit sowie Gegenwart zeigt, verbergen sich hinter solchen Forderungen oftmals die Abwehrkämpfe einer „etablierten Elite gegen fleißige und anpassungsbereite soziale Aufsteiger“ (Verheyen 2018, 204). Verheyen fordert dagegen gerade von linken Parteien an Leistung als normativem Bezugspunkt festzuhalten und dabei den sozialen Charakter, den eine individuelle Leistung immer besitzt, umfassender zu beleuchten und zu honorieren (vgl. ebd., 203ff).

Doch statt in diesem Sinne an einer kollektivistischen Tradition linker Parteien festzuhalten und diese auszubauen oder, wie Goodhart es fordert, mehr für die Aufwertung von Handwerks- und Pflegeberufen zu tun, haben sich die linken Parteien zu stark auf den Erwerb kognitiver Kompetenzen konzentriert. Damit haben sie ihren einstigen politischen Widersachern angenähert. Thomas Piketty erkennt eine immer weitreichendere Übereinstimmung der ideologischen Ausrichtung zwischen „brahmanischer Linker“ und „kaufmännischer Rechter“:

„Die ‚brahmanische Linke‘ glaubt an persönlichen Einsatz und schulische Leistungen; die ‚kaufmännische Rechte‘ an persönlichen Einsatz und geschäftliche Leistungen. Die ‚brahmanische Linke‘ fördert das Recht auf Anhäufen von Bildungsabschlüssen; die ‚kaufmännische Rechte‘ das auf Anhäufen von Finanzkapital. In gewissen Punkten sind sie bisweilen anderer Ansicht. Die ‚brahmanische Linke‘ mag etwas mehr Steuern fordern als die ‚kaufmännische Rechte‘, um Gymnasien, Elitehochschulen, Kunst- und Kulturinstitutionen zu finanzieren. Beide Lager vereint aber ihre große Nähe zum aktuellen Wirtschaftssystem und zum gegenwärtigen Stand der Globalisierung. Der Status quo verschafft den

22 Auf diesen Punkt werde ich in Kapitel 4.2. detaillierter eingehen.

intellektuellen und wirtschaftlichen Eliten ausreichend Vorteile.“ (Piketty 2020, 957)

Mit dieser zunehmenden Verschmelzung der intellektuellen und wirtschaftlichen Ausrichtung der „brahmanischen Linken“ und „kaufmännischen Rechten“ wurde die Tür weit aufgestoßen für neue Parteien, die wieder stärker auf eine klassisch produktionsistische Rhetorik zurückgreifen und damit gezielt das Unrechtsempfinden von Arbeitern, einfachen Angestellten und Arbeitslosen ansprechen. In vielen liberalen Demokratien lässt sich beobachten, dass rechtspopulistische Parteien diese Repräsentationslücke erfolgreich besetzt haben. Parteien wie der *Rassemblement National* in Frankreich oder Teile der AfD in Deutschland verbinden produktionsistische Politikinhalte mit einer rechtspopulistischen Ausrichtung und präsentieren diese Verbindung als Lösung für die Herausforderungen der Globalisierung und als Alternative zu den bestehenden inhaltlichen Ausrichtungen der etablierten Parteien.

Ein Nachweis eines solchen rechtspopulistischen Produktionismus findet sich etwa in der Rede des Bundessprechers der AfD, Tino Chrupalla, auf dem AfD-Parteitag im Juni 2022:

„Wir müssen diejenigen erreichen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten und ebenso muss unsere Politik die ansprechen, die aufgrund schlechter Infrastruktur und hoher Abgaben kein eigenes Unternehmen gründen oder lieber ins Ausland gehen, anstelle in Deutschland zu investieren. Diese Bürger müssen wir erreichen und darin besteht kein Widerspruch. Denn die Alternative für Deutschland ist im Jahr 2022 klar im freiheitlich-sozialen Kurs angekommen und dieser Kurs ist die programmatische Klammer und bindet alle Bürger ein, die an der Wertschöpfung in unserem Land teilhaben.“²³

Mit der Betonung der Wertschöpfung möchte Chrupalla eine Klammer für eine „freiheitlich-soziale“ Ausrichtung der AfD anbieten und damit auch die konkurrierenden politischen Interessensgruppen innerhalb seiner Partei verbinden. Denn von dem Wertschöpfungsnarrativ sollen nicht nur die unteren Klassen der Lohnabhängigen angesprochen werden, sondern auch mittelständische Kleinunternehmer und Selbständige. Die zentrale Betonung der „Einbindung aller Bürger, die an der Wertschöpfung teilnehmen“, signalisiert zugleich, dass alle, die aus Sichtweise der AfD nicht

23 Rede von Tino Chrupalla auf dem 13. Bundesparteitag der AfD, Minute 4:34 – 5:17 vgl. Chrupalla 2022.

daran teilhaben, von dieser Politik ausgeklammert werden. In der öffentlichen Rhetorik vieler AfD-Politiker wird dieses Wertschöpfungsnarrativ auf der einen Seite mit einer Kritik an Politikeliten sowie bestimmte Wirtschaftseliten verbunden. Während in den Gründungsjahren der AfD noch „Thatcherismus“ und ein bewusst nach außen getragener elitärer Habitus gepflegt worden sind, mehren sich in jüngster Zeit durch den steigenden Einfluss des völkischen Flügels innerhalb der Partei Reden prominenter Parteimitglieder, in denen ein „Hass auf Reiche“ geschürt werde (vgl. Weiß 2023). Nationale Wirtschaftseliten oder reiche Geldgeber der Partei werden von dieser Kritik ausgespart. Stattdessen wird vor allem das Stifterwesen, also der private Einsatz Superreicher für gemeinnützige Zwecke, als „Milliärdärsozialismus“ angeprangert (vgl. ebd.).

Neben dieser Kritik an Teilen der Politik- und globalen Wirtschaftseliten grenzt sich die Partei in ihren sozialpolitischen Forderungen auf der anderen Seite nach ‚unten/außen‘ ab. Das wird ganz besonders in der ablehnenden Haltung der Partei gegenüber Migranten und Geflüchteten deutlich. Aber auch in sozialpolitischen Anträgen der Partei kommt diese Abgrenzung immer wieder zum Ausdruck. So beantragte die AfD-Fraktion im September 2019 im Bundestag eine Neubemessung des Arbeitslosengeldes (ALG 1), das sich in Zukunft an der Dauer der Einzahlung der Arbeitnehmer bemessen solle.²⁴ In der Begründung hieß es, dass durch eine solche Neubemessung endlich Politik für die Menschen gemacht werde, die „arbeiten.“ In der Antragsrede heißt es weiter:

„Die fleißigen Bürger dieses Landes werden jeden Monat ausgenommen wie eine Weihnachtsgans. Während andere Bevölkerungsgruppen, die das Wort Arbeit nicht mal buchstabieren können, fürstlich alimentiert werden.“²⁵

Mit der Betonung von „Arbeit“, „Leistung“, der Hervorhebung des Wertschöpfungsnarrativs und einer damit einhergehenden doppelten Abgrenzung nach ‚oben‘ und ‚unten/außen‘ knüpft die AfD an einen produktionsistischen Debattenstrang an, der – wie bereits dargestellt – ursprünglich in den Arbeitermilieus und von der Arbeiterbewegung formuliert worden ist

24 Eine Forderung, die auch von der SPD kommt. In der Debatte fordert die SPD zusätzlich die Einführung eines Rechts auf Arbeit sowie ein Recht auf Weiterbildung (vgl. Deutscher Bundestag 2019)

25 Rede des AfD Abgeordneten Sebastian Münzenmaier im Deutschen Bundestag v. 27.09.2019, Minute 0:54 – 1:06, vgl. Deutscher Bundestag 2019.

und in Deutschland ähnlich wie in den USA immer noch großen Anklang findet.²⁶ Verknüpft wird dieser Produktionismus in der Rhetorik der AfD, insbesondere von dem an Einfluss gewinnenden völkischen Flügel der Partei, mit rechtspopulistischen bis hin zu rechtsextremen Politikgehalten, die sich insbesondere gegen Einwanderer und gesellschaftliche Minderheiten richtet.

Dass die rechtspopulistische Spielart des Produktionismus aber keineswegs alternativlos ist, zeigt ebenfalls ein Blick in die jüngere Vergangenheit. Als sich im Januar 2017 Martin Schulz als Kanzlerkandidat der SPD präsentierte, stellte er in seiner Rede ausdrücklich das Thema „Respekt“ und „harte Arbeit“ in den Vordergrund. Viele Formulierungen aus seiner Antrittsrede erinnern ebenso an die oben dargestellten Motive des Produktionismus:

„Mir ist es wichtig, dass die hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln halten, die sich um ihre Kinder und oft auch um ihre Eltern kümmern, die manchmal trotz zweier Einkommen nur geradeso über die Runden kommen, dass wir diese Menschen in der Mittelpunkt unserer Politik stellen [...]. Die Menschen, die den Laden am Laufen halten, diese Menschen haben Respekt verdient. Respekt für ihre Lebensleistung. Ich habe diesen Respekt; auch weil ich aus eigener Erfahrung weiß, dass

26 Anschauliche Nachweise einer solchen produktionsistischen Ethik lassen sich etwa in den Interviews mit Arbeitern finden, die Linus Westhäuser und Linda Beck in einer Studie über das politische Bewusstsein von Arbeitern geführt haben (vgl. Beck und Westhäuser 2022). Die interviewten Arbeiter äußern auf der einen Seite deutliche Kritik an den oberen Klassen und der als ungerecht empfundenen Ungleichheit der Einkommen. So beschreibt ein Elektriker die Gesellschaft wie folgt: „Auf der linken Seite dieser Tür hast du Leute, die für 12, 13 Euro die Stunde arbeiten, du gehst raus aus der Tür und hast plötzlich Leute, die 12, 13 Tausend am Tag verdienen. Weißt du? Wo du dir denkst so: ‚Alter! [ruft] Wer in Gottes Namen hat bestimmt, dass das, was die machen, so viel besser ist als das, was die machen?‘ Wo ich denke: ‚Nein Alter, das ist nicht besser was die machen, [...]‘- Nur weil ich in dem System lebe, heißt das nicht, dass ich das gut finde (vgl. ebd., 292).“ Zugleich werden aber auch diejenigen scharf kritisiert, die angeblich gar nicht arbeiten wollen. So lässt ein anderer Arbeiter seinem Unmut über die seiner Meinung nach zu großzügige Behandlung von Arbeitslosen freien Lauf: „Manche Leute haben zwei Jobs und kommen grade über die Runde. Und ein Arbeitsloser, der hat gar kei Bock, weil er sagt ‚Ah, für des Geld geh ich net arbeite.‘ Das ist der Hammer! Die Leute gehöret... ja... Wasser und Brot! Kei Kohle, da gibts gar kei... Frage ob ich arbeite gang oder net, der muss einfach, sonst gibts kei Kohle. Fertig. Dass, wenn einer 50 Jahr scho g’schafft hat, für des soll des da sein. Aber net, [dass] einer, der nie g’schafft hat... Arbeitslosegeld kriege. Der tät von mir n Schuh in’n Arsch kriege“ (vgl. ebd., 298). Ähnliche Befunde zeigen sich auch in der Untersuchung von Harder/Opratko 2022.

manche Wege steinig und beschwerlich sind und dass man vom Weg abkommen kann.“ (Schulz 2017)

Kurz nach Bekanntgabe der Kanzlerkandidatur von Schulz sank der Zuspruch zur AfD kontinuierlich. Nachdem Schulz im März 2017 zum SPD-Vorsitzenden gewählt wurde, kam die AfD bundesweit nur noch auf knapp 6-7% der Stimmen, die SPD hingegen lag bei ca. 32% (vgl. Wahlrecht-Umfragen 2023).²⁷

Dieses Kräfteverhältnis konnte selbst beim Wahlerfolg der SPD bei der Bundestagswahl 2021, in der die Partei sichtlich bemüht war, an den Erfolg der Respekt-Kampagne unter Schulz anzuknüpfen, nicht mehr erreicht werden. Ein Kanzlerkandidat, der das sozialdemokratische Versprechen durch seine eigene Biographie verkörperte und die Themen „Respekt“ und „harte Arbeit“ in den Mittelpunkt seiner Kampagne stellte, hatte damals anscheinend einen sichtbaren Effekt auf die Wählerschaft der AfD. Interessant daran ist, dass sich dieser anklingende linkspopulistische Produktionismus nicht an eine Arbeiteraristokratie, sondern an prekär Beschäftigte, „die trotz zweier Einkommen, nur gerade so über die Runden kommen“ sowie diejenigen, die Fürsorgearbeiten nachgehen, gerichtet hat. Im Gegensatz zum Wertschöpfungsnarrativ der AfD, das sich auch an Besserverdienende, Selbständige und Unternehmer richtet, wurden hier also in erster Linie die unteren Klassen gezielt angesprochen. Aufgrund dieser „Volksnähe“ sahen wissenschaftliche Expertinnen in Schulz einen dezidiert linkspopulistischen Kandidaten (vgl. Interview mit Karin Priester, Götz 2017).

Wie diese zwei Beispiele noch einmal verdeutlichen, ist eine Annäherung an das Phänomen des Rechtspopulismus über das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen eng mit der moralischen Bedeutung von Arbeit sowie einer produktivistischen Ethik verknüpft. Der Produktionismus gilt als ein zentraler Bestandteil rechtspopulistischer Parteien (vgl. Priester 2012, 228). Gleichzeitig zeigen die oben dargestellten unterschiedlichen Spielarten der produktivistischen Ethik, dass die politische Gestaltung dieses Ideals umkämpft ist und sich keineswegs nur auf rechtspopulistische Parteien beschränkt. Bei einer stärker ideengeschichtlichen Betrachtung lassen sich ebenfalls unterschiedliche Ausdrucksformen erkennen. Das linkspo-

27 Bis zur Bundestagswahl 2017 hatte sich dieses Kräfteverhältnis freilich wieder verschoben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Von besonderer Bedeutung war neben der verlorenen Landtagswahl im Frühjahr 2017 im Saarland, die öffentliche Absage seitens der SPD an ein rot-rotes Bündnis auf Bundesebene und damit der Verlust einer realistischen Regierungsperspektive jenseits der Großen Koalition.

pulistische produktivistische Ideal richtet sich explizit an die unteren Klassen, eine Honorierung ihrer Leistungen und eine Verbesserung ihrer Lebensumstände. Dabei wird der Gegensatz zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘ stärker betont. Diese Anrufung an ein produktivistisches Ideal lässt sich auf die Anfänge der europäischen Arbeiterbewegung zurückführen. Festzuhalten gilt hier jedoch, dass auch dieser historische Produktionismus von links keineswegs frei von Abwertungsstrategien nach unten war.

In rechtspopulistischen Spielarten des produktivistischen Ideals richtet sich die programmatisch-ideologische Ausrichtung zwar ebenfalls auf einen Gegensatz zwischen ‚unten‘ und ‚oben‘, noch bedeutsamer scheint hier aber die Abgrenzung nach außen zu sein – etwa gegen Geflüchtete, die angeblich nichts zur Wertschöpfung in Deutschland beitragen. Auch nach unten grenzt sich der rechtspopulistische Produktionismus nochmal stärker als sein linkes Gegenüber ab. Das zeigt sich exemplarisch an der Tatsache, dass Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen von der jetzigen Sozialpolitik der AfD nicht profitieren oder sogar bewusst ausgeklammert werden. Im Gegensatz zum linkspopulistischen Produktionismus wird die Abwertung nach unten/außen im Rechtspopulismus zudem stärker in völkischen, rassistischen und sozialdarwinistischen Tönen repräsentiert.²⁸

Eine weitere gegenwärtige Spielart des Produktionismus findet sich wie dargestellt in Anrufungen der „brahmanischen Linken“ sowie der „kaufmännischen Rechten“ an Eigenleistung und meritokratischen Gerechtigkeitsvorstellungen. Wobei die „brahmanische Linke“ mehr Wert auf Bildung und schulische Abschlüsse, die „kaufmännische Rechte“ dagegen auf ökonomischen Verdienst setzt. Dieser Produktionismus richtet sich im Gegensatz zum links- und rechtspopulistischen Produktionismus explizit an die oberen Klassen und kann daher auch als elitärer Produktionismus verstanden werden. Ganz ähnlich wie im rechtspopulistischen Produktionismus tauchen dabei auch sozialdarwinistische Abwertungen gegen die unteren Klassen auf.

Diese vier ideologisch-programmatischen Idealtypen eines gegenwärtigen produktivistischen Ideals repräsentieren nicht nur unterschiedliche ökonomische Konzepte, sie stehen auch für unterschiedliche Demokratieauffassungen und werden von unterschiedlichen sozialen Klassen präfe-

28 In stärker rechtsextremen oder neo-nazistischen Anrufen an ein produktivistisches Ideal lassen sich zudem antisemitische Ressentiments erkennen, etwa indem zwischen „schöpferischem“ und „raffendem“ Kapital unterschieden wird (vgl. Abromeit 2016).

riert.²⁹ Politisch repräsentiert werden diese vier Idealtypen durch politische Parteien, wobei auffällig ist, dass nach dem kurzzeitigen Erfolg der Schulz-Kampagne der SPD ein dezidiert linkspopulistischer Produktionsismus derzeit keine erfolgreiche politische Repräsentation mehr findet.³⁰ Für den weiteren Verlauf dieser Arbeit dient diese programmatisch-ideologische Konstellation als Ausgangspunkt, um den Erfolg rechtspopulistischer Parteien weiter zu erörtern. Dabei gilt es, den hier theoretisch skizzierten Zusammenhang des Aufkommens rechtspopulistischer Parteien mit dem Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen weiter zu führen sowie empirisch zu überprüfen.

2.5. Fazit und Aufstellen der Forschungsthese

Ausgangspunkt dieses Kapitels war die Suche nach einem Forschungsansatz, der es ermöglicht, sowohl die politische Angebots- als auch die Nachfrageseite des Erfolgs der AfD zu erörtern. Dazu wurde zunächst anhand einer kritischen Diskussion der Autoritarismus- sowie der Kommunitarismusthesen gezeigt, dass diese einflussreichen Theorien sich zu einseitig auf die vermeintlich ‚bösen‘ oder kulturellen Motive der AfD-Wahl konzentrieren und den politischen Kontext des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien zu sehr vernachlässigen. Ein Forschungsansatz, der diese Leerstellen vermeiden will, muss zum einen nach den kollektiven Enttäuschungserfahrungen der Wähler rechtspopulistischer Parteien fragen und sich dabei von der starren Gegenüberstellung zwischen kulturellen und sozialen Motiven lösen. Zum anderen müssen die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse in liberalen Demokratien miteinbezogen werden, die diese Enttäuschungen erst hervorrufen.

29 Amable und Palombarini kommen in ihrer Analyse des „Kollaps des französischen Parteiensystems“ zu einer ganz ähnlichen Aufteilung. Sie identifizieren drei konkurrierende sozioökonomische Modelle, die jeweils von unterschiedlichen Klassen präferiert werden: Das neoliberale, das sozialistisch-ökologische und das illiberal-identitäre Modell. Jedes Modell steht nicht nur für ein anderes Wirtschaftssystem, sondern diese Modelle unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Demokratiekonzeption sowie der Umwelt-, Europa- oder Migrationspolitik (vgl. Amable und Palombarini 2018, 15ff).

30 Auch wenn Kampagnen der Partei Die Linke noch am ehesten in diese Richtung gehen, münden sie nicht in Wahlerfolgen. Neben den oben skizzierten Veränderungen, scheint die interne Zerstrittenheit sowie das Fehlen eines klaren politischen Profils ausschlaggebend für die derzeitige Erfolglosigkeit der Partei zu sein.

Als entscheidende Wegweiser für ein solches Forschungsprogramm wurden die Arbeiten von Arlie Hochschild sowie Christopher Lasch ausgemacht, die mit ihren Analysen ein Merkmal des Populismus hervorheben, das in der Diskussion der Erfolge der AfD bislang noch keine Beachtung fand. Nach Hochschild und Lasch kommt im Populismus das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen durch eine Betonung der Ethik des Produktionismus zum Ausdruck. Kennzeichen dieser Ethik ist eine starke moralische Betonung von Erwerbsarbeit und ökonomischer Unabhängigkeit für das eigene Selbstwertgefühl sowie eine darauf basierende Kritik an Gesellschaftsgruppen, die scheinbar nichts für den gesellschaftlichen Wohlstand leisten. Trotz historischer und geographischer Unterschiede wurde im Anschluss an diese Perspektive argumentiert, dass der Produktionismus als Ausdruck des Unrechtsempfindens auch in der Entstehung der Arbeiterbewegung sowie ihrer politischen Parteien eine erhebliche Rolle gespielt hat. In jüngster Zeit ist jedoch zu erkennen, dass dieser Produktionismus von linken Parteien kaum mehr repräsentiert wird. Im Anschluss an die Arbeiten von Thomas Piketty wurde dargestellt, wie sich linke Parteien von der Repräsentation der arbeitenden Klassen zunehmend ab- und gleichzeitig einem elitären Produktionismus stärker zugewandt haben. Das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen wird derzeit stärker von Parteien wie der AfD repräsentiert, die einen rechtspopulistischen Produktionismus vertreten.

Die Annäherung an eine Analyse der Wahlerfolge der AfD über die produktionistische Ethik verspricht den ausgemachten Anforderungen an das gesuchte Forschungsprogramm gerecht werden zu können. Denn der Produktionismus kann als ein kollektiver Ausdruck des moralischen Unrechtsempfindens der arbeitenden Klassen angesehen werden. Durch diese Dimension der Moral entzieht sich diese Perspektive einer strikten Einordnung in die derzeitige dualistische Aufteilung der Rechtspopulismusdebatte. Des Weiteren ermöglicht diese Perspektive jedoch nicht nur den Blick auf die Motive der AfD-Wahl, sondern zieht eine Analyse der Veränderung der politischen Angebotsseite mit ein.

Um diesem Forschungsansatz weiter nachzugehen, sollen diese Überlegungen in der forschungsleitenden These zusammengefasst werden, *dass im Rechtspopulismus der AfD das Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt. Entscheidend für dieses Unrechtsempfinden ist ein produktionistisches Ideal, welches sich vor allem durch moralische Betonung*

2. Rechtspopulistische Wahlmotive in der Diskussion

einer respekt- und würdevollen Arbeit zeigt. Diese Forschungsthese wird im nächsten Kapitel weiter konkretisiert.